

Kehrseite



— Editorial ✓

Liebe Leserinnen und Leser,

• **WARUM?** – wie oft werden Eltern von ihren Sprösslingen genervt, wenn diese aber auch auf jede Antwort ein erneutes „Warum“ – mit langem „uu“ – folgen lassen. Wer die Welt verstehen will, das wissen Kinder intuitiv, muss fragen und: Wer nicht fragt bleibt dumm!

Rechtzeitig zum Jahrhundert-Gedenktage erschien das Buch „Die Schlafwandler – Wie Europa in den ersten Weltkrieg zog (s. Rezension in *Kehrseite* 1/14). Erstaunlicherweise bekennt der Autor Christopher Clark, dass ihn als Historiker die Frage nach dem „Warum“ gar nicht interessiert habe. Das erklärt vielleicht, warum das Buch überall mit Lob überschüttet wurde. Denn in Zeiten neu-deutscher Bemühungen, sich im Windschatten der USA wieder verstärkt militärisch in die Weltpolitik einzumischen, spricht man nicht so gerne über deutsche Schuld für vergangene Kriege. Wir allerdings sind der Meinung, dass man die Frage nach dem „Warum“ stellen muss, um diesem und anderen Gedenktagen in diesem Jahr gerecht zu werden. Sie sind geeignet, über Urheber, Ursachen, Triebkräfte und Interessen nachzudenken, um der Frage auf den Grund zu gehen, die auf dem Antikriegsplakat steht und einen soeben tödlich getroffenen Soldaten stellt.

Warum wurde, wo doch angeblich niemand einen Krieg wollte, im Vorfeld des 1. Weltkriegs eine



Inhalt dieser Ausgabe

- Editorial – 1
- Lichterfelde Süd – Wie weiter? – 2
- Europawahl 2014 im Schatten der Krise – 3
- Neues aus der Bürgerversammlung – 5
- Rechts - Unrechts - Schurkenstaat – 6
- 6. Juni 1944: „D-Day“ – 7
- **Sonderseiten Ukraine-Konflikt:**
 - *Beihilfe zum Massaker* – 10
 - *Sozialismusangst* – 11
 - *Von Göttern und Ochsen* – 12
 - *Ukraine-Konflikt – Zeit der Oligarchen?* – 13
- Es zeigt sich: Die Strategie ist perfide – 15
- Termine, Zitate – 16



— Editorial ✓ —

gewaltige Propaganda-Maschine in Gang gesetzt? Warum wurde eine allgemeine Kriegsbegeisterung in Deutschland erzeugt? Warum gelang es, großen Teilen der Bevölkerung einzureden, dass es im Interesse aller Deutschen sei, „Weltpolitik“ zu betreiben? Fragen von brennender Aktualität. Sie führen direkt in die Gegenwart. Denn das deutsche Kapital, das schon vor 100 Jahren bereit war, für eine wirtschaftliche Vormachtstellung Kriege zu führen, steht wieder an der Schwelle zu einer weltpolitisch bedeutsamen Rolle. In der Europäischen Union hat die deutsche Wirtschaft bereits eine Vormachtstellung erreicht, wie die Durchsetzung der rabiaten Austeritätspolitik zu Lasten der ärmeren Länder beweist. Aber geopolitisch ist die Bundesrepublik weiterhin nur Mittelmaß. Das soll sich nun ändern. Deshalb werden die führenden Politiker und die Leitmedien nicht müde, zu verkünden, dass Deutschland nun bereit sei, weltpolitische Verantwortung zu übernehmen. Wie diese wahrgenommen wird, veranschaulicht derzeit die provokative Einmischung der Bundesregierung in die Vorgänge der Ukraine. Im Windschatten der USA, die weiterhin militär-strategische Ziele gegen die Atommacht Russland verfolgt und kein Problem damit hat, fern der Heimat Konflikte zu schüren, stiehlt sich die Bundesrepublik zurück auf die politische Weltbühne. Auch wenn die Regierung schon wegen eigener Exportinteressen de facto eher vorsichtig taktiert, die Sprache bleibt aggressiv, Außenminister Steinmeier kraftmeiert durch Europa und selbst die Anwendung militärischer Gewalt scheint einkalkuliert. Vielleicht ist die zwiespältige Rolle der Merkel-Regierung aber auch darauf zurückzuführen, dass die Mehrheit der Deutschen sich von dem Trommelfeu-

er der wieder aufgeflamten antirussischen Rhetorik nicht beeindruckt lassen und die NATO für den eigentlichen Aggressor in der Ukraine halten. (*Lesen Sie bitte dazu den Beitrag „Sozialismusangst“ auf S. 11.*) Frau Merkel geht, wie man weiß, nur ungern Risiken ein!

Zum aktuellen Gesamttenor passt die Kommentierung des „Spiegel“ zum Gedenken an die „Zweite Front“, die am 6. Juni 1944, vor 70 Jahren also, mit der Normandie-Invasion eröffnet wurde. Sie hat die Niederlage des „Dritten Reichs“ zweifellos beschleunigt, aber rechtfertigt dies die Behauptung, es „ist das amerikanische Produktionswunder, welches den Sieg über Deutschland schafft...und nicht der Blutzoll der Roten Armee“?. Im Juni 1944 stand die Rote Armee bereits an der polnischen Ostgrenze, die Kapitulation Deutschlands war also nur noch eine Frage der Zeit. Wesentlich interessanter wäre der Frage nachzugehen, ob mit der späten Eröffnung der 2. Front nicht vor allem weitere Geländegewinne der Roten Armee verhindert werden sollten. Manches spricht dafür, dass die Landung in der Normandie der Prolog zum Kalten Krieg war? Ein kalter Krieg, der, wie der medial gepflegte Russenhass nie beendet wurde. *Zu diesem Thema empfehlen wir Ihnen den Beitrag „6. Juni 1944: „D-Day““ auf S.7.* Außerdem laden wir Sie ein, mit uns an einem Vortragsabend mit dem Historiker Dr. Martin Seckendorf teilzunehmen. Er wird am 17. Juni in unserer Geschäftsstelle über alle mit Beginn und Verlauf der „2. Front“ zusammenhängende Fragen referieren.

Die Redaktion ●

Lichterfelde Süd – Wie weiter?

● Das Aktionsbündnis Lichterfelde-Süd kämpft seit Jahren für die Erhaltung der wertvollen Pflanzen und Tierwelt auf dem Gelände der ehemaligen Parks Range. Fragen an: **Eberhard Speckmann**, Mitglied des Aktionsbündnisses:

Bezogen auf Lichterfelde Süd – welche Auswirkungen könnten die erfolgreichen Volksabstimmungen 100% Tempelhofer Feld und „Oeynhausen“ für die Politik im Bezirk haben?

Der Erfolg des Volksentscheids 100%-Tempelhofer Feld ist eine deutliche Warnung an den Senat und die Parteien sich um die Interessen der Menschen in dieser Stadt zu kümmern und nicht nur um die Interessen der Investoren und Spekulanten. Auch mit

dem Bürgerbegehren zur „Rettung der Kleingartenkolonie Oeynhausen“, haben die Bürger_innen ein überwältigendes Signal gegen Privatisierung von öffentlichem Eigentum und gegen den autoritären Stil des Senats gesetzt! Dem Baulöwen Groth, der auf dem Gelände der Kleingartenkolonie Oeynhausen bauen wollte, wurde die „Rote Karte“ gezeigt. Hoffentlich lernen die Bezirkspolitiker in Steglitz-Zehlendorf und Herr Groth daraus. Es wäre nur folgerichtig wenn die Pläne für die Bebauung der „Parks Range“ in Lichterfelde Süd radikal verändert würden.

DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf hat als Randbebauung 500 Wohnungen vorgeschlagen, das Aktionsbündnis kann sich bis zu 1500 Wohnungen



vorstellen. Was sagst du zu diesem Widerspruch? Gerüchte sagen, dass das Aktionsbündnis SPD dominiert sei.

Zunächst zur zweiten Frage: Im Aktionsbündnis Lichterfelde Süd arbeiten vor allem betroffene Bürger, einige sind auch Mitglieder von Parteien, von Dominanz einer bestimmten Partei kann meines Wissens nicht gesprochen werden.

Die erste Frage kann ich wie folgt beantworten: Die LINKE Steglitz-Zehlendorf hat 2010 festgestellt, nachdem vom Senat und BA Steglitz-Zehlendorf Zahlen zum Wohnungsbau bis zu 3500 genannt wurden, dass im Interesse der Natur, der Infrastruktur, des sozialen Umfelds und dem Erhalt der 200 wohnortnahen Arbeitsplätze, als Randbebauung 500 Wohnungen verkraftbar wären. Im Aktionsbündnis wurde mal als Maximum die Zahl 1500 WE genannt, nicht als absolute Zahl sondern als Diskussionsangebot. Mehrheitsbeschlüsse gab es hierzu meines Wissens nicht, hier gehen die Meinungen im Bündnis auseinander. Falls eine Umweltverträglichkeitsprüfung ergibt, dass der Schutz der Natur den Bau von „Betongold“ nicht zulässt, können es gerne weniger WE sein, die gebaut werden. Weniger ist hier mehr.

Welche Folgen für die Natur erwartest Du wenn die Groth Gruppe ihr Ziel dort bis zu 2700 Wohnungen zu Bauen verwirklicht?

Die Bebauungspläne sehen vor, dass das Gelände hufeisenförmig umbaut werden soll. Das bedeutet einen Eingriff in die Luftbewegung und dadurch eine Veränderung des Kleinklimas. Die Zerstörung von Biotopen wäre die Folge. Die Lebensräume zahlreicher Rote Liste Arten würden durch die Bautätigkeit zerstört.

Im „Letter of Intent“ wurde Groth vom Bezirksamt zugesichert bis zu 2700 Wohnungen bauen zu dürfen. Auch im Fall Oeynhausen hatte das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf gab es einen „letter of Intent“, angeblich verlangte Groth einen Schadenersatz von 25 000 000 falls er nicht bauen darf. Hast Du eine Vorstellung wie hoch seine Forderung an das BA Steglitz-Zehlendorf wäre falls er seine Pläne nicht realisieren kann?

Diese Frage sollten die Mitglieder des Bezirksamtes und der BVV beantworten. Wir haben die Vereinbarung (Letter of Intent) zwischen dem Investor Groth und der Bezirksverwaltung als Aufgabe des Primats der Politik kritisiert und gefordert, dass sie von der BVV für null und nichtig erklärt wird.

Die GRÜNEN haben das Image einer Umweltpartei. Wie beurteilst Du ihre Rolle in Bezug auf ihre Politik in Lichterfelde Süd?

Es ist ein Verdienst der Grüne Stadträtin Markl-Vieto das Gutachten (Fugmann-Janotta) in Auftrag gegeben zu haben, als die CA Immo noch Eigentümerin des Geländes war. Die jetzige Eigentümerin (Groth Gruppe) wollte die Ergebnisse des Gutachtens jedoch nicht akzeptieren, sie verlangte ca. 40 ha zu bebauen und ließ sich das mit dem „Letter of Intent“ absichern. Frau Markl-Vieto unterstützte nun vehement die Pläne des stadtbekanntem Baulöwen Klaus Groth entgegen der Aussage des selbst bestellten Gutachtens. Klaus Groth ist sehr erfahren und erfolgreich in „Politikerpflege“. Er wusste wohl, dass es wichtig war die Grünen von seinem Vorhaben zu überzeugen. Mit den Steglitzer Grünen ist ihm das gelungen und er rechnete auch mit den guten Beziehungen dieser Partei zu den Umweltverbänden. Ich hoffe er hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Europawahl 2014 im Schatten der Krise. Übergang in eine neue Phase?

● Europa ist anders seit dem Wahlsonntag im Mai 2014.

Gut 400 Mio. Europäer aus 28 Mitgliedstaaten waren aufgerufen, bei der Wahl zum europäischen Parlament 751 Mandate zu vergeben. Die Wahlbeteiligung hat sich europaweit mit gut 43% nur leicht erhöht.

Aber wesentlicher ist: Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und drastischer Sparpolitik im Euroraum war durch die Wahlforschung eine deutliche Stärkung des rechten politischen Spektrums erwartet worden. Und in der Tat haben wir einen deutlichen Zuwachs für europaskeptische Kräfte im rechten Parteienspektrum in mehreren wichtigen

Mitgliedstaaten bekommen – in Frankreich, in Großbritannien, Dänemark, Polen, Österreich, Ungarn. Europa ist bedroht, weil sich große Teile der Bevölkerung offensichtlich abgewendet haben.

Ebenfalls wie erwartet hat die AfD in der Bundesrepublik mit 7% den Einzug ins Europaparlament klar geschafft. Dazu hat wesentlich beigetragen, dass sie gut 500 T Stimmen aus dem Lager der CDU/CSU gezogen hat, ein Hinweis, dass sie sich in kurzer Zeit gut ins rechtsbürgerlichen Milieu einfädeln konnte – ob nachhaltig, wird auch davon abhängen, ob sich die Christparteien in Richtung AfD öffnen. Es gibt durchaus Nähen: Die stärkere Durchsetzung deutscher Interessen ist auch das politische Credo der Kanzlerin.



Die Rechte hat von der bisherigen Krisenpolitik profitiert. Das rechtspopulistische Bild ist zwar nicht so einheitlich wie im Vorfeld der Wahlen befürchtet (so fiel z.B. die PVV des Rechtspopulisten Wilders in den Niederlanden um drei Prozent auf 12,9% zurück), doch im Ergebnis der rechten Wahlerfolge insgesamt wird sich die europäische Politik restriktiv nach rechts entwickeln, z.B. in den Fragen des Ausbaus der Sozialsysteme und der Zuwanderung.

Die europäischen Regierungen haben noch kein Konzept zur nachhaltigen Überwindung der gesellschaftlichen Krise in Europa gefunden. Insofern markiert die Europawahl den Übergang in eine neue Phase der Krise, die als Krise der Finanzmärkte begann und sich zur Krise der Realwirtschaft und der Eurozone entwickelte. Spätestens mit dem flächendeckenden Erstarken rechtspopulistischer und auch rechtsextremer Formationen im Parlament tritt auch die politische Krise Europas ins allgemeine Bewusstsein und es steigt die Gefahr, dass sich Europa unwiderruflich weg von einer Integrations- und Solidarunion zu einer Konkurrenzunion entwickelt.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat seit 2008/2009 erhebliche Spuren in nahezu allen EU-Staaten hinterlassen und hat in einigen Ländern eine gegen das nationale wie auch europäische politische Establishment gerichtete Anti-Stimmung verstärkt. Und diese Stimmung entspricht auch der Wahrnehmung der in der EU verbreiteten sozialen Lage: 47 Prozent der Europäer befürchten, dass ein Ende der Krise nicht in Sicht ist und dass das Schlimmste noch bevorsteht (Eurobarometer Survey März 2014). Diese Einschätzung verknüpft sich mit einem verbreiteten Gefühl von Ohnmacht, nämlich als WahlbürgerIn positiv kaum etwas verändern zu können. Die europaweite Stärkung der politischen Rechten ist somit auch Ausdruck der Krise der Demokratie. Sie kommt als Verteilungskonflikt zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern im Gewande einer nationalistischen Besitzstandswahrung daher. Der weitere Krisenverlauf kann zwar noch nicht genauer eingeschätzt werden, doch die politische Stabilität einiger Länder im Zentrum der EU (z.B. Frankreich und Grossbritannien) ist angesichts des erstarkten Rechtspopulismus nicht so ohne weiteres gesichert.

Das Wahlergebnis hält sich „im Rahmen der Erwartungen“ (FAZ v. 26.5. 2014) und scheint auch nach bisherigem Augenschein die politischen Akteure des „Eliteprojekts Europa“ nicht zu verunsichern. Es wird wohl die bekannte Mischung von Austeritäts- und Wettbewerbspolitik durch eine Art große Koalition zwischen bürgerlichen Kräften (EVP) und europäischer Sozialdemokratie fortgesetzt werden. Das ist auch nicht ganz überraschend. Denn letztlich waren die linken Alternativen eines Europa mit Vorrang des Binnenmarktes, der sozialen Verteilungsgerechtigkeit und einer demokratischen Wirt-

schaftsordnung in den Wochen vor der Wahl eher nur in groben Umrissen sichtbar geworden. Alexis Tsipras (SYRIZA) hatte als Spitzenkandidat der Europäischen LINKEN dazu aufgerufen, die „zerstörerische Sparpolitik zu stoppen“ und in dieser Wahl „die Demokratie zurückzugewinnen“. Aber aus dem „Abbiegen Europas nach links“ (Tsipras) ist trotz einiger Zugewinne für die LINKE im Europaparlament nichts geworden.

Nun kündigt der italienische Zweig der europäischen Sozialdemokratie (PD) gestützt auf beachtliche 42% der nationalen Wählerstimmen eine neue Initiative für Europa an. Da Italien ab Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, will der italienische Premier Matteo Renzi einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik der EU versuchen: Die reine Sparpolitik der letzten Jahre müsse überwunden werden; auch sei eine Abweichung von der 3-Prozent-Grenze für die Haushaltsdefizite und von den Regeln des Fiskalpaktes zum Rückbau der Staatsschulden denkbar. „Wir wollen unsere Position nutzen, um Europa klar zu machen, dass wir nur mit stärkeren Investitionen in Wachstum und Beschäftigung das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen können“, so Renzi, und schlägt für die nächsten fünf Jahre ein 150 Mrd. Investitionsprogramm vor. Die Logik hat viel für sich. Der sicherlich notwendige Kurswechsel auf der nationalstaatlichen Ebene müsse sich zumindest mit einer Tolerierung wenn nicht gar mit einem schrittweisen Politikwechsel auf der europäischen Ebene verknüpfen. So kann Europa nicht als Problem sondern vielmehr als Teil der Lösung von der Bevölkerung konkret erfahren und begriffen werden. Die politisch praktizierte Verzahnung beider Ebenen bricht die vorhandene Tendenz zur Re-Nationalisierung auf und könnte in längerer Frist den Rechtspopulismus austrocknen. Ganz ohne Zweifel könnte diese Initiative zur Öffnung eines gesellschaftlichen Auswegs aus der Krisensackgasse beitragen, vorausgesetzt, es finden sich auf europäischer Ebene politische Kräfte (Frankreich?), die gerade auch gegenüber der Bundesrepublik eine solche Politikwende unterstützen.

Und DIE LINKE? Sie ist aus der Wahl mit einem „soliden Ergebnis“ (Bundesgeschäftsführer Höhn) von 7,4% und 200 T zusätzlichen Stimmen heraus gekommen; allerdings ist sie von Platz drei im deutschen Parteiensystem wieder hinter die Grünen auf Platz vier abgerutscht. Sie hat aber Potenzial und genügend Spielraum, ihren Einfluss auf die Fraktion der Vereinten Europäischen LINKEN zu verstärken und so in Absetzung von jedwedem Renationalisierungskurs dazu beizutragen, eine andere europäische Entwicklungslogik im Sinne Renzi's auf den Weg zu bringen. Sie müsste allerdings auch auf absehbare Zeit diese Orientierung als Zentrum ihrer Interventionen begreifen.

NEUES AUS DER BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG



Bezahlbarer Wohnraum in Steglitz-Zehlendorf? – Nicht mit Schwarz-Grün!

Auf die Frage, wohin der Verkaufserlös in Höhe von ca. 18 Mio. Euro, den der Verkauf von bezirklichen Liegenschaften einer Größe insgesamt 245 Hektar seit 2001 erzielte, floss, musste der zuständige Stadtrat für Soziales und Stadtentwicklung Norbert Schmidt (CDU) in der Bezirksverordnetenversammlung vom 21.05.2014 zugeben, dass der Erlös im allgemeinen Haushalt „versickert“ ist und nicht etwa für den Erhalt oder die Schaffung bezahlbaren Wohnraums verwendet wurde.

Wenngleich andere bezirklichen Aufgaben zweifelsohne ihre Wichtigkeit haben und entsprechend ausfinanziert werden müssen, ist es – insbesondere angesichts der sich immer weiter verschärfenden Wohnraumknappheit – unverantwortlich, bezirkseigene Grundstücke und Gebäude quasi zu „verschauern“ ohne wenigstens den erzielten Erlösanteil des Bezirks nachhaltig in den Erhalt und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu investieren.

Zudem wurde auf erschreckende Weise deutlich, dass die schwarz-grüne Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung nicht gewillt ist, sich der Verbesserung der Wohnsituation von Menschen mit mittlerem oder geringem Einkommen anzunehmen.

Stadtrat Schmidt stritt ab, dass es die städteplanerischen Vorgaben des Bezirks bzgl. der Liegenschaft Fischerhüttenstraße 41/ Plüschowstraße sind, die verhindern, dass z. B. kommunaler Wohnungsbau durch städtische Wohnungsbaugesellschaften an diesem Standort möglich ist. Lage und Umgebung, der hohe Grundstückswert und die Befindlichkeiten der Nachbarschaft würden das ausschließen. Dass es aber durchaus einen bezirklichen Verhandlungsspielraum im Steuerungsausschuss des Liegenschaftsfonds gibt, der zu Gunsten von kommunalem Wohnraum ausgenutzt werden könnte und somit der Bezirk sehr wohl einen Einfluss auf die Zukunft der Liegenschaft hätte, wollte er lieber unerwähnt lassen. Zwar führte der Stadtrat auch aus, dass es zwischenzeitlich eine Abkehr von dem Prinzip der Veräußerung von Liegenschaften an den Meistbietenden zu Gunsten der Schaffung bezahlbaren Wohnraums gibt, aber da die Veräußerung vorher stattgefunden habe, könne man da jetzt nichts mehr machen, schon gar nicht der Bezirk. Das sei eine Angelegenheit zwischen Land und dem Investor.

So wird die Verantwortung allzu leicht auf die höhere Ebene abgeschoben, obwohl es eigentlich im Interesse des Bezirks liegen müsste, dass ausreichend bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen zur Verfügung steht und die Bezirksverordnetenversammlung auch mittels der Aufstellung des Bebauungsplans effektive Gestaltungsmöglichkeiten hat. Doch an diesem Punkt

machte der Stadtrat auf zynische Weise deutlich, dass es für „dieses Haus“ gar keine Handlungsoption ist, also dass die schwarz-grüne Zählergemeinschaft einfach kein Interesse an der Schaffung bezahlbaren Wohnraums an diesem Standort hat! Die „degewo“ würde in der Dessauer Straße und in der Kaiser-Wilhelm-Straße ja bereits günstige Mietwohnungen errichten. Davor, dass der Bedarf nach erschwinglichem Wohnraum aber deutlich darüber hinaus geht, was bei der Gründung des bezirklichen Wohnraumbündnisses auf teils dramatische Weise deutlich wurde, verschließt die Zählergemeinschaft die Augen. Bezahlbarer Wohnraum für besondere Bedarfsgruppen (z. B. Flüchtlinge, Student_innen) hat bei den Planungen des Bezirks gar keine Rolle gespielt. Die Verpflichtungen des Bezirks bezüglich der Flüchtlingsunterkünfte würden durch die Unterkünfte in der Goerzallee schon erfüllt werden.

Dass Steglitz-Zehlendorf als einer der größten Berliner Bezirke bisher am wenigsten Flüchtlinge aufgenommen hat, ist ein Skandal! Die Verantwortung dafür immer auf das Landesamt für Gesundheit und Soziales abzuwälzen, ist fadenscheinig. Es scheint schlicht und ergreifend nicht gewollt, dass mehr Flüchtlinge im Bezirk untergebracht werden. Darüber kann auch die Gründung des Willkommensbündnisses nicht hinwegtäuschen. Bei der Gründungsveranstaltung mahnten nicht wenige Bürger_innen die passive Haltung des Bezirksamts in dieser Frage an, dass fehlende Brandchutzgenehmigungen faktisch dazu führen, dass Flüchtlinge noch Wochen und Monate in Aufnahmeunterkünften ausharren müssen.

Es ist mehr als deutlich geworden, dass die schwarz-grüne Zählergemeinschaft bezüglich des dringenden Bedarfs nach bezahlbarem Wohnraum nach wie vor konzeptlos ist. Wenn in Steglitz-Zehlendorf derzeit Wohnraum entsteht, dann im hochpreisigen Bereich wie aktuell die luxuriösen Stadtvillen am Oskar-Helene-Park mit Kaltmieten von 12 bis 16 Euro pro Quadratmeter.

Franziska Brychcy ●

Bis Gras über die Sache gewachsen ist ...



Stellen Sie sich vor, Sie möchten mit Ihrem Nachwuchs in Steglitz-Zehlendorf auf einen Spielplatz gehen. Stellen Sie sich weiterhin vor, Sie finden einen – was in manchen Gegenden zum Beispiel um die Schlossstraße drum herum gar nicht so einfach ist. Stellen Sie sich dann vor, Sie packen die Sandschaufel und den Sandeimer nebst Zubehör aus und schicken Ihr Kind in den Sandkasten. Dann kann es Ihnen passieren, dass Sie statt des berühmten Sandtörtchens ein fein ausgestochenes Stück Rasen von den lieben Kleinen überreicht bekommen. Vielleicht noch verziert mit einem Gänse-



NEUES AUS DER NEUES AUS DER BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG (Fortsetzung)

blümchen. Und Sandburgen werden gleich inklusive Dachbegrünung erbaut. Die zuständige Stadträtin, Christa Markl-Vieto, wird's freuen – spart sie doch damit auch weiterhin Steuergelder, die sie ansonsten für die Instandhaltung von Sandkästen ausgeben müsste. Auf unsere Nachfrage in der BVV, weswegen der Bezirk den hinter dem Boulevard befindlichen

Sandkasten zugrünen lässt, gab die Frau Markl-Vieto lapidar zur Antwort: wenn dort mehr Kinder spielen würden, dann hätte das Gras auch keine Chance auf dem Sand zu wachsen. Aahh jaa! Dann packen wir doch demnächst statt Sandschaufeln einfach Vertikutierer und Rasenmäher in den Buggie ...

Pia Imhof-Speckmann ●

— Rotlicht ✱

Rechts-Unrechts-Schurkenstaat

Kein Witz! Die USA regen sich öffentlich über illegale Aktivitäten im Internet auf! Man will nun fünf namentlich erkannte chinesische Hacker vor ein amerikanisches Gericht zerren. Woher die amerikanischen Behörden die Identität der vermeintlichen Hacker kennen? Na, wozu hat man denn die NSA?

Wahrlich auch kein Witz, aber weniger bekannt: Auch Deutschland gehört (neben den USA und Großbritannien) weltweit zu den Marktführern bei der Entwicklung von Software zur Internet-Überwachung und Spionage-Technik. Damit kann man Computer, Mobiltelefone, Verbindungs- und Bewegungsdaten ausspähen. Solche Informationen können das Leben kosten. Und natürlich sind wir auch in dieser Sparte Exportmeister.* Trovicor aus München, das Nachfolgeunternehmen von „Nokia Siemens Networks“, rühmt sich in 100 Länder zu liefern. Während des arabischen Frühlings war deutsche Technologie kräftig im Einsatz. In Bahrain wurden nach Angaben der NGO *Bahrainwatch* Oppositionelle mit Hilfe deutscher Spionagesoftware aufgespürt und anschließend gefoltert.

Aber damit soll nun Schluss sein. SPD- Wirtschaftsminister Gabriel will zukünftig den Export solcher Technologien in Unrechtsstaaten stoppen. Aber welche Länder sind aus deutscher Sicht Unrechtsstaaten? Russland natürlich und selbst der Nato-Partner Türkei soll nicht mehr beliefert werden. Aber was ist mit den USA? *Jürgen Todenhöfer* sagt, „Bushs ‚Antiterrorkrieg‘ war ein alles in den Schatten stellender Terroranschlag auf die muslimische Welt.“ Und auf Befehl Obamas haben an die 3000 Menschen durch Drohnenangriffe ihr Leben verloren. Andere wurden in der Ära Bush, wie man weiß, entführt, in Geheimgefängnisse verschleppt und gefoltert. In Guantanamo sitzen seit Jahren Gefangene ohne Gerichtsverfahren. Sieht so ein Rechtsstaat aus?

Aber was Recht und was Unrecht ist, bestimmen die Vereinigten von Amerika stets selbst. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag wird zwar von den USA rege als Anklage-Forum genutzt, die Verfolgung amerikanischer Straftaten selbst aber wird kategorisch abgelehnt. 122 Staaten haben das Abkommen zur

Gründung des Gerichts ratifiziert. 31 Staaten haben die Urkunde unterzeichnet, aber nicht in Kraft gesetzt. 3 Staaten haben ihre Unterschrift zurückgezogen: Sudan, Israel und ...? jawohl, die Vereinigten Staaten von Amerika! Die USA unterhalten auch, was man nicht vergessen sollte, über 750 Militärstützpunkte auf der ganzen Welt. Überall dort gilt nur amerikanisches Recht. (Weil die noch amtierende afghanische Regierung sich bisher geweigert hat, einer generellen Strafbefreiung für US-Taten zuzustimmen, konnte übrigens ein zukünftiger Beistandsvertrag bislang nicht unterzeichnet werden.)

Also Herr Minister, wenn schon vollmundig Taten angekündigt werden, warum dann nicht richtig?

Die USA hätten es sich verdient, in eine Verbotsliste aufgenommen zu werden.

Nun hat der Generalbundesanwalt dieser Tage nach monatlängem zögern ein Ermittlungsverfahren wegen des „Anfangsverdachts“ der Ausspionierung des Kanzler-Handys eingeleitet. Die millionenfache Ausspähung deutscher Staatsbürger durch die NSA will er aber nicht zum Gegenstand eines Verfahrens machen, „formal sei diese nicht erwiesen.“ Das ist nun gar nicht mehr witzig. Man ist geneigt, die Haltung unserer Regierung zu Snowden und der NSA für nur feige zu halten. Aber das erklärt nichts. Dass eine wirkliche Untersuchung die NSA vor ein deutsches Gericht bringen würde, kann niemand erwarten. Aber, dass eine konsequente Aufarbeitung der Vorgänge Licht in deutsche Aktivitäten bringen würde, schon. Im bayrischen Bad Aibling steht eine hochmoderne Abhörstation für Sattelitenkommunikation, in der die NSA aus und ein geht. Inzwischen weiß man auch, dass die Drohnenangriffe auf Ziele in Afrika, Südasien und dem Nahen Osten über die Air Base Rammstein laufen. An der Aufdeckung dieser Zusammenhänge und die Klärung der Mittäterschaft deutscher Dienste ist unsere Regierung aber offensichtlich nicht interessiert. Da macht der Eiertanz der Merkel/Gabriel Regierung in Sachen NSA schon Sinn. *Peter Scholl-Latour* sagt: „Wir regen uns zu Recht über die NSA auf. Aber man musste schon sehr naiv sein, um nicht zu wissen, dass diese Überwachung stattfindet. Das größere Problem sind Fabriken der Desinformation, ob sie sich nun in North Carolina, London oder Israel befinden. Sie zielen auf



deutsche und europäische Medien. Und das klappt. Von der ‚taz‘ bis zur ‚Welt‘ – ein Unisono, was die Ukraine betrifft.“ So ist es!

buggedplanet.info besichtigen (verdienstvolle Arbeit des Chaos Computer Club).

Horst Dejas ●

* Den Markt -Tummelplatz für Spionage-Software“ kann man übrigens im Internet unter

6. Juni 1944: „D-Day“

Invasion und Antihitlerkoalition

● Im Frühjahr 1944 war die Rote Armee seit Stalingrad an die tausend Kilometer nach Westen vorgedrungen, hatte fast die gesamte Ukraine, den größten Teil Russlands und die Umklammerung Leningrads freigekämpft. Sie überschritt schon die rumänische und näherte sich der polnischen Grenze und hatte damit bis April ein Gebiet halb so groß wie Deutschland befreit und sämtliche Eroberungspläne der deutschen Faschisten in der UdSSR zerschlagen. Der deutsche Rückzug war auf der ganzen Linie begleitet von ungeheuren Gräueltaten, von Mord und Zerstörung.

Die Erfolge der westlichen Alliierten in Nordafrika und in Süditalien nahmen sich demgegenüber bescheiden aus, aber auch eine Viertelmillion deutscher und italienischer Gefangener und das Ausscheiden Italiens aus dem Krieg wogen in der Bilanz schwer.

Stalin hatte seit 1941/42 eine massive Entlastung der Roten Armee durch alliierte Landung in Europa gefordert. Er war aber immer wieder enttäuscht und betrogen worden. Präsident Roosevelt, Stalin und Churchill trafen sich schließlich Ende Dezember 1943 in Teheran. Roosevelt war gewillt, „Germany first“, nämlich eine angloamerikanische Großlandung („Overlord“) in Nordwestfrankreich vorzubereiten, mit möglicher Unterstützung von Anlandungen in Südfrankreich.

Die britische Seite trat demgegenüber hartnäckig für einen offensiven Einsatz ihrer Truppen zur Beherrschung des Mittelmeerraumes ein, in der nur schlecht verhohlenen Absicht, den Invasionstermin hinauszuschieben und sich in Südosteuropa und auf dem Balkan eine Vormachtstellung gegenüber der UdSSR zu schaffen.

Stalin durchschaute das britische Manöver: „Wenn ich eine unvorsichtige Frage stellen darf, dann möchte ich gern von den Engländern erfahren, ob sie an die ›Operation Overlord‹ glauben oder nur davon reden, um die Russen zu beruhigen.“ Roosevelt tadelte den Drang der Briten, die Invasion zu verzögern, was ihn erheblicher US-konservativer Kritik aussetzte, weil das Vorhaben die UdSSR bevorteile. Stalin war der Meinung, Roosevelt würde Wort halten. „Wenn nicht“, so sagte er nach der Konferenz zu Marschall Shukow, „so reichen auch unse-

re eigenen Kräfte, um Hitlerdeutschland zur Strecke zu bringen.“

Am Ende stand das wichtigste Ergebnis der Konferenz fest: Die angloamerikanische Invasion sollte im Laufe des Mai 1944 stattfinden. Stalin sicherte bindend zu, die Rote Armee werde in einer abgestimmten Aktion unmittelbar nach Beginn mehrere große Schläge auch von Osten her führen.

In der westalliierten Politik spielten zu dieser Zeit bereits erhebliche interne, bis heute nicht völlig offen gelegte Verbindungen deutscher, darunter offen faschistischer Kreise eine Rolle, denen vor allem daran lag, sich rechtzeitig auf die Seite des Westens zu schlagen, Staat und Wehrmacht funktionsfähig zu halten und den sowjetischen Gegner von den deutschen Grenzen fernzuhalten. Bei Churchill, der das schnelle Vordringen der Roten Armee seit geraumer Zeit argwöhnisch beobachtete und zunehmend als Vorreiter des Kalten Krieges gegen die „Rote Gefahr“ auftrat, war hieran hohes Interesse vorzusetzen.

Anfang Juni 1944 stand eine ungeheure Streitmacht in Südengland und im Kanal für den Einsatz in Frankreich bereit: 7.000 Schiffe, darunter große Landungsschiffe für Panzer und Mannschaften, Schwimmpanzer, zwei Flugzeugträger, etwa 30 Schlachtschiffe und Kreuzer, Raketenfahrzeuge für den Kampf an Land. Einsatzbereit waren 10.000 Flugzeuge. An Landtruppen waren 37 Divisionen unter Waffen, darunter vier Luftlande- und 33 Panzer- und motorisierte Divisionen. Der Invasionstermin fiel schließlich auf die Nacht und den Morgen des 6. Juni.

In wenigen Monaten des Sommers/Herbstes 1944 schlug die Antihitlerkoalition jene gewaltigen Schlachten, in denen Nazideutschland aus West- und Osteuropa vertrieben wurde. Damit verlor das Deutsche Reich nicht nur den Kernbestand seiner Wehrmacht, viele Dutzende Divisionen, sondern auch die von ihm zusammengeraubten Ressourcen, auf die es bisher gebaut hatte (Erdöl, Eisenerz, Bauxit, Mangan usw.).

Landung in Nordfrankreich

Mit Hilfe einer gewaltigen Luftüberlegenheit und des konzentrierten Feuers ihrer schweren Schiffsgeschütze eroberten die Angloamerikaner einen Landekopf auf der Halbinsel Cotentin und einen Küsten-

streifen östlich bis zum wichtigen Hafen Caen. Der Ausbruch aus dem Cotentin gelang erst am 1. August 1944. Die Zerschlagung starker deutscher Kräfte im Kessel von Falaise öffnete Mitte August schließlich den Operationsraum nach Westen in Richtung Paris.

Vier entscheidende Faktoren erleichterten den Alliierten das Vorankommen:

- die rasche Kräftervermehrung zu Lande,
- die Luftüberlegenheit,
- die Unterstützung hunderttausender französischer Widerstandskämpfer,
- die Entlastung durch die abgesprochene sowjetische Großoffensive.

Hitler und die Wehrmachtführung begriffen die Lage in keiner Weise und verlangten, Paris als „Brückenkopf“ zu halten und, im äußersten Fall, sie dem Feind nur vollkommen zerstört zu überlassen, nach dem Beispiel Warschaws. Paris aber war stets ein Zentrum des französischen Widerstands, und die Wehrmacht war von Anfang an nicht mehr Herr über die ganze Stadt. Die Eisenbahner streikten, die organisierte Widerstandsbewegung (Forces françaises de l'intérieur) ging zum Aufstand über (19. August). Am 24. August erreichte die französische 2. Panzerdivision im Verband der alliierten Truppen als erste die Stadt. Der deutsche Wehrmachtbefehlshaber, v. Choltitz, übergab die Stadt am 25. August und ging in französische Gefangenschaft.

Die Antwort der Roten Armee

Die gewaltige sowjetische Offensive, die, monatelang vorbereitet, am 21. Juni losbrach, entwickelte sich bis September/Okttober 1944 zur größten zusammenhängenden Schlacht des ganzen Krieges. Es handelte sich um fast ein Dutzend große Teiloffensiven, in denen die Rote Armee, die mit 130 Divisionen antrat, die Hauptkräfte des deutschen Heeres zerschlug und bis auf den sogenannten „Kurlandzipfel“ das gesamte, zuvor in deutscher Hand befindliche sowjetische Territorium befreite. Noch im Spätherbst/Winter folgte die Zerschlagung der deutschen und ungarischen Truppen während der Kämpfe in Ungarn, die die Rote Armee schließlich Anfang 1945 bis nach Österreich führte.

Die Schlacht begann in Belorussland. Ende Juni wurde die Hauptstadt Minsk genommen – ein bedeutender Sieg, schon ganz in der Nähe der polnischen und litauischen Grenze. Die Deutschen zählten Verluste von über 100.000 Toten und Gefangenen. Die Heeresgruppe Mitte verlor bei ihrem Zusammenbruch bis Anfang Juli über 350.000 Mann, mehr als 1942/43 bei Stalingrad. Zwischen Brest und Kaunas öffnete sich der Roten Armee eine riesige Lücke von 400 Kilometern Breite für ihren Vormarsch nach Westen in Richtung Warschau und Ostpreußen.

In Polen fielen die früheren Grenzstädte Brest und Belostok/Białystok. An der Weichsel erkämpfte die Sowjetarmee erste Brückenköpfe (Magnuszew, Ba-

ranów, Sandomierz). Auf polnischem Boden wurden Ende Juli Lublin, Lemberg/Lwów, Stanislaw und Przemyśl befreit. Am 1. August riefen die polnische Exilregierung in London und ihre eingesickerten schwachen Truppen („Heimatarmee“) in Warschau den Aufstand aus, ohne die östlich davon schwer kämpfende Sowjetarmee zu verständigen. Die Deutschen zogen in äußerster Eile Kräfte von mehreren starken Divisionen zusammen, die die Rote Armee von der Stadt abdrängten und in Warschau selbst ein furchtbares Blutbad anrichteten.

Erst Mitte September 1944 kam die Rote Armee wieder in Richtung Warschau voran und nahm Praga ein, den ostufrigen Teil der Stadt. Von hier aus leistete sie den Aufständischen militärische und logistische Hilfe. Doch ein Zusammengehen mit den schon untergangsgeweihten „Heimatarmee“-Kräften kam nicht zustande. Am 2. Oktober kapitulierten deren Anführer vor den Deutschen.

In das „rücksichtslose und grauenhafte Abenteuer“ des Warschauer Aufstands (Stalin an Churchill) wollte und konnte das Moskauer Hauptquartier nicht eingreifen, ehe nicht die Kräfte für die bevorstehenden Kämpfe auf polnischem und deutschem Boden bereitgestellt waren. Es war anscheinend klar geworden, dass Front und Hinterland hierfür neu aufgebaut und organisiert werden mussten.

Das belastete polnisch-russisch/sowjetische Verhältnis, das seit hundert Jahren Osteuropa nicht hat zur Ruhe kommen lassen und 1944/45 als akute Störung innerhalb der Antihitlerkoalition auftrat, lässt sich allerdings nur nachvollziehen, wenn man auf der einen Seite den polnischen aggressiv-antirussisch/antisowjetischen Nationalismus und seine Abhängigkeit von westlich-alliierten Förderung erkennt, auf der anderen Seite den russischen Annexionismus, der sich 1939 auf kurze Zeit sogar mit dem Hitler-Faschismus verband.

Risse in der Antihitlerkoalition

Die Invasion eröffnete den Menschen die Gewissheit, das Kriegsende binnen Jahresfrist zu erleben, zuerst in Europa, wenig später auch auf dem asiatischen Kriegsschauplatz. Die damaligen Pläne der Antihitlerkoalition für eine Weltorganisation der Vereinten Nationen, die spätere UNO, verhießen ihnen einen Frieden für Jahrzehnte, anders als der glücklose Völkerbund nach dem Ersten Weltkrieg.

Aber alle Pläne und Verheißungen dieser Art erwiesen sich vor der Geschichte als trügerisch. Solange die Waffen sprachen, hielten die drei großen Mächte zwar an ihrem Hauptziel fest: der Beseitigung der Hitlerherrschaft und des faschistischen deutschen Regimes. Sie beendeten 1945 auch den Krieg gegen Japan siegreich. Aber die brüchige Grundlage ihres Zusammenhalts wurde gerade in der Zeit ihrer größten militärischen Triumphe immer sichtbarer. Je näher die Alliierten dem deutschen Kernland und dem Kriegsende kamen, desto stärker divergierten die Auffassungen von den militärischen und politischen

Kriegszielen zwischen den Beteiligten in West und Ost.

Bis zu Roosevelts Tod im April 1945 zeigte sich Winston Churchill immer offener als starrer Vertreter der europäischen Führungsmacht und als das, was er schon zu Zeiten des Ersten Weltkriegs war: ein konsequenter Feind und Verächter des Kommunismus. Das britische Weltreich mit seinen als militärischen und logistischen Hilfsquellen unverzichtbaren Dominien in aller Welt sollte – nach Londoner Vorstellungen – nach dem Sieg in neuer Stärke erstehen, sein Einfluss in Europa stärker denn je sein. Der sowjetische Vormarsch in Europa alarmierte Churchill nicht erst nach der Katastrophe des Warschauer Aufstands. Er rechnete nicht nur mit dem Mittelmeerraum und der Golfregion als künftig sicherer britischer Herrschaftssphäre, sondern steckte das Ziel seiner „Balkanstrategie“ von Österreich bis ans Schwarze Meer. Den maßgeblichen Einfluss der UdSSR auf Polen, die Tschechoslowakei, Nordeuropa und Finnland lehnte er kategorisch ab und rechnete mit der westalliierten Einnahme von Berlin.

Als wichtigstes politisches Ziel taugten Churchills Nachkriegsvorstellungen damals noch nicht. Als offener Vorreiter einer antisowjetischen Strategie und des „Kalten Krieges“ trat er erst im März 1946 in den USA unter dem Beifall des neuen USA-Präsidenten Harry D. Truman mit seiner berühmten Fulton-Rede hervor. Freilich ist sein Kampf gegen die sowjetische Befreiungspolitik in Ost- und Südosteuropa besser zu verstehen, wenn man weiß, dass sich die Faustpfänder dieser Vorstellungen seit Jahren auf britischem Boden bzw. in britischer Abhängigkeit befanden: Die polnische Exilregierung und eine polnische Armee von vielleicht 200.000 Mann, der König von Jugoslawien (Peter II.), der König von Griechenland (Georg II. nebst Kronprinz Paul), der

frühere tschechoslowakische Präsident Beneš, samt Beamten und anderer Entourage. Churchill rechnete es noch auf der Potsdamer Konferenz 1945 vor, dass Großbritannien allein die Polen fünfeinhalb Jahre lang mit etwa 120 Millionen Pfund Sterling alimentiert habe (18. Juli 1945). Sie würden meist nach Polen zurückkehren, und dort müsse man ihnen „volle Freiheit und wirtschaftliche Sicherheit“ garantieren.

Im Herbst 1944 bemühte sich Churchill selber in Moskau zwei Wochen lang, mit Stalin über einige der brennendsten Fragen dieser Art zu verhandeln. Stalin war derzeit nicht interessiert an Auseinandersetzungen mit den Westalliierten und schien ihm Zugeständnisse zu machen, besonders in Griechenland, in Jugoslawien und Ungarn.

Die Ostfront im Spätherbst 1944

Die Strategie der sowjetischen Oberkommandos für die letzte Kriegsperiode war, so wenig Genaues aus den Quellen darüber zu erfahren ist, nicht allzu schwer zu entschlüsseln. Die Rote Armee bereitete nach den verlustreichen, kräftezehrenden Vormärschen des bisherigen Jahres 1944 die ungeheuren Vorhaben bis zum nahen Kriegsende vor. Vordringlich blieb es, die entscheidende Offensive nach Deutschland hinein und den Kampf um Berlin vorzubereiten.

Die Gefahr deutschen Eingreifens von Norden war durch die Zernierung der deutschen Heeresgruppe Nord bis Kriegsende im Kessel der lettischen Kurland-Provinz abgewandt. Mit Finnland schloss die UdSSR Frieden. Von Rumänien aus eroberte die Rote Armee ganz Ungarn bis an die österreichische Grenze und schließlich Wien und das Wiener Becken.

Prof. Dr. Dietrich Eichholtz ●



Petra Pau, MdB und Vize-Präsidentin des Bundestages, hat sich am Do, d. 16.4.2014, beim Bezirksbürgermeister *Norbert Kopp* u. a. über die Unterbringung von Flüchtlingen im Bezirk und über die Aktivitäten des Willkommensbündnisses informiert. Sie ist als Bundestagsabgeordnete der LINKEN Ansprechpartnerin für die Anliegen der Menschen in Steglitz-Zehlendorf und bietet regelmäßig Sprechstunden in unserer Geschäftsstelle an. Eine Anmeldung ist erforderlich.



Ukraine-Konflikt

Die am Rande eines Bürgerkriegs taumelnde Ukraine, das selbstgerechte und von Drohungen aller Art und Sanktionen begleitete Auftreten der Nato-Staaten und nicht zuletzt der von den Leitmedien sich

auf die Reaktionen Russlands und seines Präsidenten persönlich entladende Hass, haben uns veranlasst, auf dieses Thema auf den folgenden vier Seiten einzugehen.

Die Redaktion ●

Beihilfe zum Massaker

● Protest vor dem Hauptstadtbüro der ARD: Das Erste berichtet im Ukraine-Konflikt „einseitig, parteiisch, unwahr oder halb wahr“

Am 31. Mai sind in rund 30 Städten der BRD mehrere tausend Menschen auf die Straße gegangen, um gegen die Gewalteskalation in der Ukraine und die anti-russische Stimmungsmache in den großen Medien zu protestieren. In Berlin führte die Demonstration am Hauptstadtstudio der ARD vorbei, wo Eckart Spoo die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Sender und namentlich den dafür verantwortlichen Chefredakteur Kai Gniffke kritisierte. Kehrseite dokumentiert seine Rede leicht gekürzt.

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten erhalten von uns Milliardenbeträge (siebeneinhalb Milliarden im Jahr), damit Sie uns zutreffend und umfassend informieren. Aber die Informationen, die Sie uns aus der Ukraine liefern, sind einseitig, parteiisch, unwahr oder halb wahr, was noch gefährlicher ist.

Wir haben solche Erfahrungen schon in früheren Kriegen gemacht, zum Beispiel vor 15 Jahren im Bombenkrieg der NATO gegen Jugoslawien und später im Irak und in Afghanistan. Erst anderthalb Jahre nach dem sogenannten Kosovo-Krieg brachte die ARD eine Sendung des Westdeutschen Rundfunks mit dem Titel „Es begann mit einer Lüge“. Da wurde dann nicht nur eine Lüge eingestanden, sondern ein dickes Bündel von Lügen. Es wurde klar, daß wir Zuhörer und Zuschauer während des ganzen Krieges und schon vorher und noch lange nachher belogen und betrogen worden waren. Die ARD und andere Medien hatten kritiklos die Kriegspropaganda der

Bundesregierung und der NATO übernommen und verbreitet. Herr Gniffke, wir möchten bitteschön nicht wieder anderthalb Jahre auf die Wahrheit warten müssen.

Wir sind auf zutreffende, umfassende Berichterstattung der Medien angewiesen, wir müssen zuverlässig informiert sein, wenn wir demokratisch mitreden, mitentscheiden wollen. Wenn aber neben der geifernden Springer-Presse auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten uns irreführen, kann Demokratie nicht gedeihen.

Ein besonders übles Beispiel haben Sie uns Anfang Mai geliefert beim Mord an mehr als 40 Menschen im Gewerkschaftshaus in Odessa. Es gab eindeutiges Bildmaterial. Es war klar, wie das Gebäude mit sogenannten Molotowcocktails in Brand gesetzt worden war, wie die brennenden und erstickenden Menschen gehindert worden waren, sich zu retten, und wer das getan hatte. Sie aber verschleierten das Verbrechen mit den Worten, da sei ein Gebäude „in Brand geraten“ – als hätte jemand vergessen, vor dem Einschlafen seine Zigarette auszudrücken oder als wäre eine Sicherung durchgebrannt. „In Brand geraten“ – solche Verschleierung ist publizistische Beihilfe zum Massaker.

In den Medien setzte sich dann die Sprachregelung durch, der Fall sei noch nicht geklärt. Aber wenn da wirklich noch Klärungsbedarf bestanden hätte, wäre das kein Grund gewesen, auf weitere Berichterstattung zu verzichten – im Gegenteil, dann hätten Sie eben zur Klärung beitragen müssen. Recherche nennt man sowas, was man eigentlich von Journalisten erwartet. Was taten Sie statt dessen? Ebenso wie die Bild-Zeitung, dieses Spitzenprodukt des deutschen Journalismus, gaben auch Sie, die ARD, ausgerechnet Arseni Jazenjuk das Wort, dem Putschpremier. Bild ließ überhaupt niemand anderen zu Wort kommen als Jazenjuk, der prompt Moskau für das Massaker verantwortlich machte. Moskau muß ja an allem schuld sein. Auf drei Sätze von Jazenjuk beschränkte sich die gesamte Berichterstattung der Bild-Zeitung am 5. Mai über das grauenvolle Geschehen in Odessa.

Herr Gniffke, hat die ARD wirklich keine eigenen Recherchen unternommen? Nein? Dann sollten Sie sich schämen!

Vielleicht erschien Ihnen der Fall nicht so wichtig. Aber was erscheint Ihnen überhaupt wichtig? Der Terror gegen linke Parteien und Abgeordnete in



— Sonderseiten Ukraine-Konflikt —

Kiew – was haben Sie darüber berichtet? Die offen faschistischen Kräfte, die sich auf dem Maidan mit Gewalt gegen friedliche Demonstranten durchsetzten – offenbar kein Thema, das Sie sonderlich interessiert hätte. Die Gründe, warum sich nach dem Putsch in Kiew 90 Prozent der Menschen in der Ostukraine für Autonomie entschieden – hätte man den Gründen nicht mal nachgehen müssen? Sie verbreiteten allerlei Andeutungen über russische Einmischung – aber als die zuständige Direktorin des US-Außenministeriums, Victoria Nuland, offen ausplauderte, für den Umsturz in der Ukraine seien aus Washington fünf Milliarden Dollar geflossen, wäre es da nicht dringend notwendig gewesen, aufzuklären, wofür diese immense Summe ausgegeben worden ist? Haben Sie sich jemals dafür interessiert, wer hinter dem Ukrainian Crisis Media Center (UCMC) steckt, das im Kiewer Hotel Ukraina die dort untergebrachten Journalisten aus aller Welt mit Gesprächspartnern, Informanten, Desinformanten versorgt?

Jetzt beteiligen Sie sich am Gerede vom „runden Tisch“ – obwohl der „runde Tisch“ gar nicht rund ist, denn die Putschisten in Kiew verweigern den

Vertretern der nach Autonomie strebenden Ostregionen den Zutritt. In Nachrichtensendungen mehrerer ARD-Anstalten hörte ich dann: Die Vertreter der Separatisten nehmen nicht teil. Das ist üble Irreführung der Öffentlichkeit, üble Kriegspropaganda. Wenn eine der beiden Konfliktparteien nicht zu Verhandlungen zugelassen wird, dann dienen diese Verhandlungen nicht dem friedlichen Interessenausgleich, sondern der Vorbereitung einer sogenannten militärischen Lösung, also zur Vorbereitung des Krieges, den westukrainische Einheiten jetzt schon mit Panzern und Kampfhubschraubern in der Ostukraine führen.

Das Bundesverfassungsgericht hat vor einigen Wochen festgestellt, daß die Politiker der großen Parteien zu starken Einfluß auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben. Es wird höchste Zeit, daß die Medien demokratisiert werden. Hören Sie auf mit der Regierungspropaganda! Hören Sie sofort auf mit der Kriegspropaganda, Herr Gniffke!

*Eckart Spoo ist Journalist und Mitherausgeber der
Zweiwöchenschrift Ossietzky ●*

Sozialismusangst

● Der Versuch, die Ukraine in die westlichen wirtschaftlichen und militärischen Machtblöcke einzubinden, wird von einem geradezu atemberaubenden Russenhass und einer Hetze gegen den russischen Präsidenten Putin persönlich begleitet. Wie lässt sich das erklären? Die Interessen, die von den westlichen Staaten und Bündnissen verfolgt werden, liegen recht klar zutage und lassen sich als geopolitische Interessen und imperialistisches Großmachtstreben rubrizieren.

Aber dennoch, ganz befriedigend lässt sich mit den gegenwärtigen Interessenlagen und -konflikten nicht erklären, warum ein solches Unmaß an Haß und Hetze und Desinformation in den Redaktionsälen und Fernsehstudios erzeugt wird. Es muß um mehr gehen als nur um Rußland und um Putin.

Zu fragen ist, warum, um nur ein Beispiel zu nennen, eine einflußreiche Zeitung wie die FAZ sich an dem von den USA, der NATO und vielen EU Staaten betriebenen medialen Feldzug gegen Rußland beteiligt und ihn sogar mit anführt. Sie muß in der Regel ein gewisses Niveau halten, weil ihre Kunden, um entsprechend ihren Interessen planen und leiten zu können, auf ein gewisses Maß an Tatsachenwahrheit und abwägend orientierender Informierung und Kommentierung angewiesen sind.

Bei aufmerksamer Lektüre findet man auch zur Ukraine einiges in der FAZ, was diesen Ansprüchen in etwa gerecht wird. Aber die Hetze überwiegt ganz

unzweifelhaft beträchtlich. Sie wird auch nicht dem jungen Volontär zum Einüben überlassen, nein, der Herausgeber, Berthold Kohler selbst, greift zur Dreckschleuder. Das ist in diesem Fall besonders bemerkenswert, weil starke Kapitalfraktionen – Krim hin oder Krim her – sich ihr Rußlandgeschäft nicht verderben lassen wollen. Man könnte also erwarten, daß die FAZ sich etwas zurückhält und nicht den Stoßtrupp der Hasser anführt.

Allerdings hat die FAZ im Konflikt um Serbien ebenfalls durch einen ihrer Herausgeber, Johann Georg Reißmüller, zu Konfrontation und Krieg angestachelt. Serbien- und Rußlandhetze haben, bei all ihrer Verschiedenheit, eine gemeinsame Eigenschaft: Beide Länder haben bzw. hatten einen umfangreichen staatlichen Sektor. Das schätzt das Kapital in seinem Privatisierungsfuror nicht. Auch waren beide Staaten sozialistische Staaten.

Putin ist es gelungen zu verhindern, daß die politisch-staatliche Macht in die Hände der Wirtschaft, der Oligarchen gerät, und das ist das Ärgernis für das Kapital, darin sieht es die entscheidende Schranke für die Maximierung der Profite. Auch der Irak und Libyen waren Staaten, die dem Kapital seinen Platz zuwiesen. Die Mittel, mit denen das geschah, werden damit keinesfalls gerechtfertigt, aber weder im Irak noch in Libyen gibt es nach dem Eingreifen des Westens bessere Verhältnisse als zuvor, dagegen häufig schlechtere.

Sonderseiten Ukraine-Konflikt

Rußland aber war zudem ein sozialistisches Land, das den Faschismus besiegte, zur Weltmacht aufstieg, große Teile der Welt vom Hunger befreite, den Analphabetismus beseitigte, wesentliche Schritte zur Gleichstellung der Frau unternahm und die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit gewaltig steigerte. Dies und vieles anderes hat das Kapital nicht vergessen, und es befürchtet, daß es auch in den ehemals sozialistischen Ländern nicht vergessen worden ist und man sich noch deutlicher erinnert, wenn sich die kapitalistischen Krisen verschärfen. Gewiß will niemand die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, die vor dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten bestanden, einfach wiederherstellen; das wird auch nicht befürchtet. Aber die Grundidee des Sozialismus, daß an die Stelle der Herrschaft des Kapitals eine gesamtgesellschaftliche Planung und Lenkung, demokratisch begründet und rechtsstaatlich gesichert, treten soll, wird nicht untergehen. Staaten, die, wie die westlichen, ihrem Wesen nach nichts sind als „der führende Teil der Privatwirtschaft selbst“ (Werner Hofmann) müssen Staaten fürchten und bekämpfen, die, wie der russische Staat, noch immer dem allumfassenden Kapitalinteresse einen gewissen Widerstand leisten, mag er auch unzulänglich sein und in Formen ausgeübt werden, die nicht unproblematisch sind. So erklärt sich die Heftigkeit des Hasses gegen den russischen Staat, den es zu schwächen gilt.



Das geht allerdings nicht ohne Widersprüche ab, man will schließlich auch Geschäfte mit Rußland machen. Die FAZ, eines der Leitmedien, sieht jedoch ihre Hauptaufgabe nicht darin, einzelne Kapitalgruppen zu unterstützen. Ihr geht es um das gemeinsame Interesse aller Kapitalien. Darin folgt ihr der ungeheuer angewachsene ideologische Apparat, der verhindern soll, daß an gesamtgesellschaftliche, nichtkapitalistische Systeminteressen erinnert wird, daß sie neu artikuliert und durchgesetzt werden.

Putin ist es gelungen zu verhindern, daß die politisch-staatliche Macht in die Hände der Wirtschaft, in die Hände der Oligarchen gerät, und das ist das Ärgernis für das Kapital.

Peter Römer ●

Von Göttern und Ochsen

● Quod licet jovi, non licet bovi! Was dem Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen noch lange nicht erlaubt! Auf diesen sprichwörtlichen Nenner hat sich die Außen- und Sicherheitspolitik der Nato-Staaten und der angsschlossenen Medien verständigt. Velerorts wird jetzt die Frage diskutiert, ob ein neuer Kalter Krieg droht. Dem ist nicht so! Der ‚alte‘ Kalte Krieg wurde nie wirklich beendet. Kaum waren die Kapitulationsurkunden im Mai unterzeichnet, sammelten die einschlägigen Institutionen der USA solche Experten des faschistischen Machtapparats ein, die sich im Kampf gegen den ursprünglichen Hauptfeind Sowjetunion einsetzen ließen. Als diese schließlich auseinanderbrach, durfte triumphiert werden: „Marx ist tot, Jesus lebt.“ Aber es war doch nur ein Etappenziel, das erreicht wurde. Russland und China – die beiden einzigen ernsthaften Gegenspieler einer unipolaren Welt – bleiben weiterhin strategische Gegner, jedenfalls solange sie sich nicht freiwillig und vollständig „verwestlichen“ lassen. Sichtbares Zeichen: die gegen alle Zusagen verstoßende Nato-Osterweiterung bis an die russische Westgrenze.

Zunächst galt es aber, die letzten sozialistischen Spurenelemente in Europa zu tilgen. Deshalb forcierten die Nato-Staaten, allen voran die USA und Deutschland, die systematische Zerstörung des Bundesstaats Jugoslawien, die im Bombenkrieg 1999 ihren Höhepunkt erreichte. Weil das so gut funktionierte, war das der Auftakt zu einem völkerrechtswidrigen Sturmloch, der für Afghanistan, Irak und Libyen hunderttausendfachen Tod und Zerstörung brachte und erst in Syrien (vorläufig) gestoppt wurde – unter anderem durch diplomatisches Geschick Russlands.

Jetzt setzen Nato und EU, wieder vorneweg die USA und Deutschland, mit ihrer Ukraine-Politik erneut an, Russland weiter einzukreisen, zu schwächen und zu demütigen. Und welcher Kräfte bedient man sich? Ohne die bewaffneten Ultrationalisten und Faschisten hätte der Putsch in Kiew nicht durchgeführt werden können. Als sich die russische Regierung diesem Treiben auf der Krim entgegenstellte, empörten sich die Menschenrechtskrieger und paraphrasierten den Satz eines bekannten Fußballlehrers: „Was erlauben Putin!“. Wer den Inter-

— Sonderseiten Ukraine-Konflikt —

ventionen das Adjektiv „humanitär“ anheften und Völkerrechtsbrüche begehen darf, entscheiden immer noch wir, so das Selbstverständnis der westlichen Wertegemeinschaft. Den USA und ihren europäischen Vasallen geht es in der Ukraine keineswegs um die Durchsetzung von Demokratie und Freiheit und die Einhaltung der Menschenrechte. Ihr Ziel ist es, ihre politisch-ökonomische Einfluss-Zone nach Osten zu erweitern und letztendlich Russland ohne „Wenn und Aber“ in das neoliberale Wirtschaftssystem zu zwingen. Wer auf dieser Welt auch nur ansatzweise versucht, ein alternatives Modell zu etablieren, gerät früher oder später auf die Abschussliste der Regime-Change-Strategen. Das gilt für die Staaten Südamerikas wie Bolivien und das gilt für China

und eben Russland, wo der Staat mit seinen Marktinterventionen und seiner Wirtschaftsdominanz gegen neoliberale Glaubenssätze verstößt. Auch wenn uns die Machtverhältnisse und die Machtausübung in manchen dieser Länder Unbehagen bereiten, weil sie nicht unseren Vorstellungen von einer solidarischen und humanen Gesellschaft entsprechen, die Kriegs-gefahr geht nicht von jenen Staaten aus, deren Regierungen sich nicht der Supermacht USA zu Füßen legen wollen. Die Brandstifter sind diejenigen, die über die Finanzierung von Oppositionsgruppen, Bewaffnung von Aufständischen und Wirtschaftssanktionen sich alle „Unbotmäßigen“ gefügig machen wollen.

Hans Schoenefeldt ●

Ukraine-Konflikt – Zeit der Oligarchen?

● Tausende Ukrainer hatten seit Ende 2013 auf dem Kiewer Majdan die Entflechtung von Wirtschaft und Politik gefordert. Die Macht der Oligarchen, der politisch gut vernetzten steinreichen Industriellen und Finanziers, sollte gebrochen werden. Gefordert wurde eine grundlegende Erneuerung, ein Systemwechsel nach westeuropäischem Vorbild. Ein geordneter Übergang vom autokratisch-autoritären Regime Janukowitsch auf eine „Regierung der vereinigten Opposition“ scheiterte. Ein wenig legitimes Übergangsparlament und eine Übergangsregierung versuchen seit ihrer Amtsübernahme eine institutionelle Neuordnung der Republik zu organisieren.

„Die Ukraine steht am Rande eines wirtschaftlichen und finanziellen Bankrotts“, so der amtierende Ministerpräsident Janzenjuk im März 2014. Der Europäischen Bank für den Wiederaufbau (EBRD)

zufolge stagniert die Wirtschaftskraft seit zwei Jahren und sie schätzt für 2014, dass die Ukraine in eine tiefe Rezession (-7 Prozent) abgleitet. Der Lebensstandard sinkt dramatisch. Angesichts des drohenden Bankrotts akzeptierte das Übergangsparlament die harten Bedingungen des IWF für eine Finanzhilfe in Höhe von ca. 20 Mrd. Euro. Mit Massenentlassungen, schmerzhaften sozialen Einschnitten und weiteren Privatisierungen des öffentlichen Reichtums soll ein Neubeginn versucht werden; die ukrainische Bevölkerung wird die negativen Auswirkungen der bekannten IWF-Rezeptur umgehend zu spüren bekommen.

Anders als der Majdan erhofft hatte, setzt die amtierende Regierung auf die Oligarchen. Der Ruf des Majdan nach neuen Leuten für eine neue Politik verhallt, die Oligarchen sind Figuren des alten Systems, die das Land nun aus dem von ihnen mit geschaffenen Sumpf ziehen sollen.

Wer sind die Oligarchen? Im Zerfallsprozess der UdSSR bildete sich in Russland wie aber auch in den Nachfolgestaaten durch die schlagartige Privatisierung des Staatseigentums eine Ökonomie heraus, die weniger durch moderne Ware-Geld-Beziehungen als vielmehr durch Machtstrukturen und Korruption geprägt ist. Diese ermöglichen Zusatz- und Transfereinkommen für große Teile der Bevölkerung. Die Kontrolle über die Verteilung dieser Transfereinkommen stellen für die Oligarchen die zentrale Quelle ihrer Bereicherung dar. Die Zementierung eines gewissen Maßes an ökonomisch-sozialer Unterentwicklung garantiert die – allerdings umstrittene – Stabilität dieser Form der Oligarchenökonomie. Eine kapitalistische Modernisierung im Sinne hoch entwickelter Ware-Geld-Beziehungen wurde kaum



Sonderseiten Ukraine-Konflikt



versucht, war Anlass der Majdan-Proteste und steht bisher noch aus.

Mit Petro Poroschenko als gerade vereidigtem Präsidenten steht nun ein solcher Oligarch an der politischen Spitze der Ukraine. Die Entflechtung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Oligarchen gehört eigentlich jedoch zu den wichtigsten Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Modernisierung, denn diese ist wiederum Voraussetzung, um die Auflagen des IWF erfüllen zu können. Bemerkenswert: Mit der politischen abgesegneten Etablierung der Oligarchen in der Ukraine geht die Führung der EU und der Berliner Republik ganz offen einen rückwärts gewandten Kompromiss mit antidemokratischen und rechtstaatliche Prinzipien missachtenden Kräften ein. Mit diesem Schritt wird zugleich das Ziel der ursprünglichen Massenproteste auf dem Majdan delegitimiert. Gibt es Vorstellungen, das zu korrigieren?

Und es tun sich Konflikte auf: Seit Wochen führt die Übergangsregierung einen Anti-Terror-Einsatz gegen sog. prorussische Rebellen in der Ost-Ukraine und setzt dabei auch im Inneren Militär ein. Die deutsche Regierung schätzt die Lage anders ein. Sie stellt „in Frage, ob die Versuche Kiews, Rathäuser und abgeriegelte Stadtgebiete im Osten zurückzu-

erobern, zum gegenwärtigen Zeitpunkt einer Lösung des Konflikts dienlich ist“ und sie warnt davor, „mit gewaltsamem Vorgehen im Osten die Chance auf eine diplomatische Vermittlung in der Krise zu vermindern“ (FAZ v. 8.5. 2014). Damit stellt sich der deutsche Außenminister immerhin gegen den Mainstream wichtiger westlicher Amtskollegen.

Noch bevor der neugewählte Präsident Poroschenko am Pfingstsonntag sein Amt antrat, reiste er durch Europa und zu den G7-Führungen und verkündete, er werde keinesfalls das Kriegsrecht in der Ost-Ukraine an der Grenzen zu Russland ausrufen, denn dies sei das falsche Signal. Zugleich wurde die Lage verschärft. Zwei Tage vor seinem Amtsantritt beschloß das Übergangsparlament die Anti-Terror-Operation rechtlich (!) auszubauen: Die beteiligten Einheiten (Geheimdienst, Nationalgarde, Armee, Grenz- und Zivilschutz) sollen mehr Durchgriffsmöglichkeiten erhalten, nämlich dadurch, dass der Bewegungsspielraum von Zivilisten (!) zeitweilig eingeschränkt werden darf, angeblich um den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten (SZ v. 6.6. 2014). Es stellt sich die Frage, ob das ein wirklich weiser Vorgriff auf zukünftige gesellschaftliche Konflikte und Auseinandersetzungen ist.

Ob der Systemwechsel gelingt, hängt von der Belebung der Wirtschaft und von Art und Maß der Verteilung der gesellschaftlichen Sanierungslasten ab. Wird die Bevölkerung an den zu findenden Maßnahmen auch nur unzureichend beteiligt oder gar repressiv eingebunden, wird die bisherige Plünderung des öffentlichen Reichtums weitergehen. Unter diesen Rahmenbedingungen zugleich auch eine neoliberale Rosskur zur Sanierung der Ökonomie unter dem Druck des IWF durchzusetzen, verspricht, dass die Ukraine der EU noch auf geraume Zeit als gefährlicher Krisenfaktor erhalten bleibt.

Hasko Hüning ●



„Es zeigt sich: Die Strategie ist perfide“

Freihandelsabkommen ist laut Linkspartei eine Gefahr für Demokratie wie Verbraucher- und Umweltschutz.

Ein Gespräch mit Klaus Ernst
Interview: Markus Bernhardt

● **Zur Zeit findet im US-amerikanischen Arlington (Virginia) die fünfte Verhandlungsrunde für ein Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA statt. Die Verhandlungen sind geheim, Details sind der Öffentlichkeit nicht bekannt. Warum diese Geheimniskrämerei?**

EU-Handelskommissar Karel De Gucht argumentiert, dass man zur Stärkung der eigenen Position dem Verhandlungspartner nicht sofort alle Karten offenlegen darf. Das ist angesichts des NSA-Skandals ein lächerlicher Einwand. Ich bin mir sicher, dass die US-Seite detailliert über die europäische Verhandlungsposition Bescheid weiß

Nur die Menschen nicht, denen soll offensichtlich etwas gegen ihren Willen untergejubelt werden. US-Chefunterhändler Froman verteidigte die Geheimhaltung jüngst mit den Worten, das würde schon immer so gemacht. Es braucht also noch einiges an öffentlichem Druck, damit die Verantwortlichen wirklich anfangen umzudenken.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) selbst hat Transparenz bei den TTIP-Verhandlungen zur Schlüsselfrage für das Zustandekommen des Freihandelsabkommens erklärt. Welche Aktivitäten erwarten Sie nun von der Regierung?

Ich erwarte, dass Taten folgen. Jeder weiß, dass in der EU nichts gegen den Willen Deutschlands geschieht. Dennoch ist das Verhandlungsmandat noch immer nicht veröffentlicht worden. Wie ernst es Gabriel mit der Forderung nach Transparenz ist, wird sich demnächst an seinem Umgang mit den Vertragstexten des europäisch-kanadischen Wirtschaftsabkommens CETA zeigen. Es gilt als Blaupause für das TTIP und ist nahezu fertig verhandelt. Vor der Paraphierung der Vertragstexte bekommen die Mitgliedstaaten diese zur Durchsicht. Das ist der Moment, wo Gabriel dem Bundestag und der breiten Öffentlichkeit Zugang gewähren muss. Ein entsprechender Antrag der Linksfraktion wird am heutigen Donnerstag im Plenum verhandelt. Ich bin gespannt, wie sich die große Koalition dazu verhält.

Kritiker des Abkommens fürchten eine Verschlechterung des Verbraucherschutzes. Inwiefern sind diese Ängste berechtigt?

Angesichts immer größer werdenden Widerstandes kann es sich die EU-Kommission zwar nicht leisten, Hormonfleisch, Chlorhühnchen und Genfood auf den europäischen Markt zu lassen. Doch das ausdrückliche Ziel des Abkommens lautet, „unnötige regulatorische Handelshemmnisse“ zu beseitigen. Die Frage ist, welche sind unnötig, und wer entscheidet das?

EU und USA haben unterschiedliche Traditionen. In Europa gilt das Vorsorge-Prinzip: Nur was unbedenklich ist, wird zugelassen. In den USA hingegen darf eine Ware so lange auf den Markt, wie nicht ihre Schädlichkeit nachgewiesen ist. Ich sehe nicht, wie das in der Praxis geregelt werden kann, ohne dass Standards unterlaufen werden. Für kommende Vorhaben sieht das Abkommen einen Regulierungsrat vor, der diese vorab auf Übereinstimmung mit dem TTIP prüfen soll. Details sind noch nicht bekannt. Ein Vorschlag ist, daß europäische und amerikanische Unternehmen mit am Tisch sitzen und etwa über zukünftige Verbraucherschutzvorhaben mitentscheiden.

Es zeigt sich: Die Strategie ist perfide. Über zunächst harmlos wirkende formale Verfahren sollen Unternehmen weitreichenden Einfluss auf die Ausgestaltung der Gesetze bekommen. Dazu gehört auch und vor allem das geplante Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS). Dahinter versteckt sich dem Juristen und Journalisten Heribert Prantl zufolge „einer der gefährlichsten Angriffe auf die demokratischen Rechts- und Sozialstaaten, die es je gegeben hat“. Staaten können so von Konzernen auf Schadensersatz verklagt werden, wenn die nationale Gesetzgebung deren Gewinne schmälert.

Ihre Fraktion lehnt das TTIP ab. Welche Folgen hätte es, wenn das Freihandelsabkommen tatsächlich gestoppt würde?

Die LINKE lehnt TTIP und CETA unmissverständlich ab. Wir sehen in TTIP keinerlei Grundlage, progressive Spielregeln für die Weltwirtschaft zu schaffen. Ein Verhandlungsstopp wäre ein starkes Zeichen für die Demokratie. Die versprochenen wirtschaftlichen Vorteile, die, wenn überhaupt, minimal sind, stehen in keinem Verhältnis zu den Gefahren für Demokratie, Verbraucher- und Umweltschutz. Aktuell muß es darum gehen, CETA zu stoppen, um TTIP zu verhindern. Dafür braucht es ein breites parlamentarisches und außerparlamentarisches Bündnis.



3 Wochen kostenlos testen

Das junge Welt-Probeabo:

- ist kostenlos und unverbindlich
- verlängert sich nicht automatisch
- muß nicht abbestellt werden

Zitate des Monats ❖

„Es schmeichelt zwar, wenn man so über uns redet, aber es ist Unsinn. Es ist ein derartiger Unsinn, dass ich mir nicht vorstellen kann, dass jemand tatsächlich daran glaubt“

(Charif Souki von Cheniere Energy am 11. April in Financial Times zur Fähigkeit der USA, Europa kurzfristig von russischen Gaslieferungen unabhängig zu machen.)

„Statt möglicherweise korrupte Politikerinnen wie Julia Timoschenko zu hofieren, uns in Unterwürfigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten zu üben und den Schulterschluss mit fragwürdigen politischen Parteien in der Ukraine zu suchen, müssen wir den Dialog mit Russland beleben.“

(Hermann Winkler, sächsischer CDU-Spitzenkandidat für die Europawahl)

„Bushs ‚Antiterrorkrieg‘ war ein alles in den Schatten stellender Terroranschlag auf die muslimische Welt.“

(Jürgen Todenhöfer)

Wir regen uns zu Recht über die NSA auf. Aber man musste schon sehr naiv sein, um nicht zu wissen, dass diese Überwachung stattfindet. Das größere Problem sind Fabriken der Desinformation, ob sie sich nun in North Carolina, London oder Israel befinden. Sie zielen auf deutsche und europäische Medien. Und das klappt. Von der ‚taz‘ bis zur ‚Welt‘ – ein Unisono, was die Ukraine betrifft.“

(Peter Scholl-Latour)



„Wir leben mit so viel Lügen. Wenn es heißt, Indien sei die größte Demokratie der Welt. Ja, Scheiße! Das Kastensystem ist schlimmer, als das Apartheidsystem je gewesen ist. Indien ist das grauenhafteste Land der Welt.“

(Peter Scholl-Latour)



Termine X

- **Jeden 2. Dienstag im Monat** um **19:30 Uhr** finden in unserer Geschäftsstelle öffentliche Mitgliedertreffen statt.

Aktuelle Termine unter:

<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/>

- **Einladung zum Themenabend:**
Dienstag d. 17. Juni 2014 um 19.30 Uhr
in unserer Geschäftsstelle, Schildhornstraße 85a.

- **Jeden Dienstag:**
Beratung zu Hartz IV- und Schuldnerfragen
Wir bitten um telefonische Anmeldung unter
Tel (030) 70 09 67 41

- Die Basisorganisation Zehlendorf tagt **jeden 1. Montag im Monat** um **19:00 Uhr** im Mittelhof, Königstr. 42/43, 14163 Berlin

Operation „Overlord“ – D-Day
Hat am 6. Juni 1944 die Befreiung Europas vom Faschismus begonnen?
Referent: Dr. Martin Seckendorf

Linke:
<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/detail/zurueck/termine-18/artikel/beratung-zu-hartz-iv-und-schuldnerfragen-4/>

Impressum

DIE LINKE Bezirksvorstand Steglitz-Zehlendorf, Schildhornstr. 85 A, 12163 Berlin
Tel. 030 70 09 67 41, E-Mail: info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de
www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de, Redaktion: Hans Schoenefeldt, Layout: Claudia Hill, V.i.S.d.P. Eberhard Speckmann

